

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliches Redaktionsmitglied: Fritz Penzoldt, Druck u. Verlag: Riese & Co., Verlagsadresse: Auer, Erzgebirge, Postfach 100, Auer, Erzgebirge, Postfach 100.

Abonnementpreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 RM. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 RM. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 RM., monatlich 4.00 RM. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.00 RM., monatlich 4.00 RM. Erhältlich täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In ferneren Zeitungsabnehmern und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abgabepreise der Zeitschriften oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärts 80 Pfg., Nationalzeitung für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 200 Pfg. Bei größeren Abzählungen entsprechende Abgabe. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 172

Mittwoch, den 28. Juli 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Reichswirtschaftsrat hat einen Antrag angenommen, durch den die Reichsregierung zur Einbringung einer Vorlage über eine Wohnsteuer aufgefordert wird.

Die Konferenz in Genf wird voraussichtlich nicht vor Anfang September stattfinden, da die Militärs unbedingte eine Vorbesprechung abhalten wollen.

Nach einer Meldung aus Königsberg hat die litauische Zivilverwaltung Wilna verlassen. Die Bolschewisten haben die Geschäfte der Stadt übernommen.

Die Kopenhagener Blätter melden aus Warschau den Einzug der Polen in Brest-Litowsk.

Der englische Friseur hat gestern einen Betrag von 22 885 000 Pfund Sterling den Besatzungen von 159 Schiffen der englischen Kriegsmarine zuerkannt, die an der Schlacht bei Jütland teilgenommen haben.

Das Reichswehrgesetz.

Aus Berlin wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Die Wehrverfassung des Deutschen Reiches muß in Ausführung des Artikels 79 der Reichsverfassung und in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag neu geregelt werden. Der neue Reichstag wird deshalb das neue Wehrgesetz zu erledigen haben. Die allgemeine Wehrpflicht, die natürliche, der geschichtlichen und freiwirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes entsprechende Wehrverfassung ist zu ersetzen durch eine an längst überkommenen gealterten Reiten erinnernde Werbung von lang dienenden freiwilligen Soldaten. Diese grundlegende Veränderung erfordert eine entsprechende durchgreifende Neugestaltung aller auf die persönliche Stellung des Soldaten, seine Gehaltsverhältnisse und seine Beförderung bezüglichen Bestimmungen. Es gilt dabei, den schon aus der Geschichte und aus den Erfahrungen anderer Länder bekannten Gefahren des Söldnerwesens entgegenzuarbeiten, die insbesondere im Einzelnen fragwürdiger Existenz bei der Werbung, dann in der Abstumpfung der lang dienenden Reute und schließlich in der Schwere ihrer Ueberführung in das bürgerliche Berufsleben nach vollendeter Dienstzeit zu finden sind. Durch gute wirtschaftliche Lebensbedingungen muß der Zugang zum freiwilligen Eintritt so belebt werden, daß eine strenge Auswahl möglich wird; durch gründliche allgemeine wie militärische Weiterbildung ist den Freiwilligen während ihrer Dienstzeit eine im ganzen Volke geachtete Stellung zu verschaffen und schließlich ist ihre Beförderung nach Ablauf der Dienstverpflichtung so vorzubereiten, daß sie in gesicherter und angemessener Weise ihr Fortkommen finden können. Einer besonderen Fürsorge bedürfen in den gleichen Richtungen die Führer der zukünftigen Wehrmacht, die Offiziere und Unteroffiziere. Das Ziel der Wehrgesetzgebung muß sein, dem deutschen Volk die zu seinem Schutze im Innern und an den Grenzen nötige Wehrmacht zu geben, soweit als es im Rahmen des Versailler Vertrages möglich ist und gleichzeitig den Volksgenossen, die den zukünftigen Soldatenberuf ergreifen, die sichere Grundlage zu bieten, auf der sie ihre Aufgabe erfüllen und die allgemeine Achtung genießen können.

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist ihrer Bedeutung entsprechend gleich im Anfangsparagraphen des Gesetzes zum Ausdruck gebracht. Die aus Reichsheer und Reichsmarine bestehende Wehr soll aus freiwillig eintretenden Soldaten gebildet werden. Der Eintritt in das Heer erfolgt für alle Freiwilligen ohne jede Ausnahme unter gleichen Bedingungen, entsprechend dem aufgestellten Grundsatz, daß jeder Soldat den Marschallstab im Tornister trägt. Für die Angehörigen des früheren Heeres, der früheren Marine, der früheren Schutztruppe, der früheren Freiwilligenverbände sowie der vorläufigen Reichswehr und der vorläufigen Reichsmarine, die in die neue Wehrmacht übernommen werden, müssen diesen Grundsatz durchbrechende Ausnahmen zugelassen werden, da ebenfalls die Aufstellung der neuen Wehrmacht praktisch nicht durchführbar sein würde. Da die Verpflichtung auf eine ununterbrochene Dienstzeit erfolgt, kann den Verpflichteten ein Recht, dem Vertrag durch einseitigen Willensakt (Kündigung) zur Auflösung zu bringen, nicht eingeräumt werden. Dagegen bleibt ihm die Möglichkeit unbenommen, aus besonderen Gründen wegen einer vorzeitigen Lösung des Vertrages im beiderseitigen Einverständnis vorstellig zu werden. Die bisherigen Steuerrechte der Militärpersonen sind dagegen in Abweichung von dem bisherigen Rechte nicht aufrechterhalten, sondern sie werden, der wirtschaftlichen Not des Vaterlandes und den veränderten Einkommenverhältnissen der Soldaten Rechnung tragend, auf die Befreiung der Naturalbezüge und der an ihrer Stelle gewährten Belohnung von

direkten Steuern beschränkt. Nur für das mobile Verhältnis und bei Dienstleistungen außerhalb Deutschlands und der heimischen Gewässer muß an der Befreiung des gesamten Dienstverdienstes von direkten Steuern für die Dauer dieses Zustandes oder dieser Dienstleistung festgehalten werden, da hier die militärischen Interessen den finanziellen vorgehen müssen. Nicht näher geregelt sind im Entwurf die Vorschriften über die Handhabung der Manneszucht und die Befehlsverföhrung. Wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß gerade die Aufrechterhaltung einer strengen Manneszucht in dem künftigen Söldnerheer eine der wichtigsten Aufgaben bilden wird, so ist auf der anderen Seite zu beachten, daß es sich hierbei um die Regelung von Tatbeständen handelt, die im fortwährenden Flusse sind, die also dem praktischen Bedürfnis anpassungsfähig erhalten werden müssen. Daher ist von einer gesetzlichen Festlegung abgesehen und im Paragraph 3 dem Reichspräsidenten die Befugnis zur Regelung im Ausführungswege gegeben. Weiterhin ist der Grundgedanke des Landmannschaftlichen Aufbaues gesetzlich näher festgelegt. Er besteht im wesentlichen darin, daß, soweit praktisch durchführbar, in jedem Lande ein aus Landesangehörigen zusammengesetzter und aus ihnen dauernd ergänzter Truppenteil gebildet wird, der je nach der Größe des Landes entweder zu einem Truppenverbande zusammengefaßt ist oder nur in einer kleineren Truppeneinheit besteht, der ferner seine dauernden Standort in dem zugehörigen Lande erhält und der auch äußerlich seiner landmannschaftlichen Zusammensetzung benannt wird. Die zur Aufhebung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen soll, seiner Stellung als Oberbefehlshaber der Wehrmacht entsprechend, nach Paragraph 34 der Reichsverfassung erlassen.

Severing über den Grenzschutz.

Der preussische Minister des Innern Severing erklärte einem Ausfrager, nach der Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen glaube er nicht mehr an die akute Gefahr eines russischen Truppeneinfalles oder des Uebertrittes größerer Verbände auf deutschen Boden. Die Stärke unseres Grenzschutzes besteht in erster Linie aus etwa 900 bis 1000 Mann preussischer Grenzpolizei und der bereitstehenden Reichswehr. Die Sicherheitspolizei und die Einwohnerehren seien bisher noch nicht aufgerufen worden. Er glaube, daß in der gegenwärtigen Lage das bisherige Angebot auch weiterhin genügen werde, um Uebergriffe zu verhindern. Hinsichtlich der Entwaflungsaktion bei der Zivilbevölkerung meinte der Minister, er habe Bedenken gegen die Entwaflung durch das Reich. Es werde freilich notwendig sein, daß die Reichsregierung die Leitung der Aktion behalte und die Direktiven für die Länder ausgeben. Die eigentlichen Exekutivmaßnahmen aber müßten seines Erachtens ausschließlich durch die Landesbehörden selbst erfolgen. Nur in Fällen, wo man mit grundsätzlichen Widerstand zu rechnen hätte, dürfte das Reich unmittelbar eingreifen. Anlässlich einer Meinungsäußerung über die Stedelungsfragen, insbesondere die Stedelungen im Ruhegebiete äußerte der Minister, man müsse leider in der nächsten Zeit mit der Wahrscheinlichkeit größerer Arbeitseinstellungen und dadurch mit einem Wachsen der Arbeitslosigkeit rechnen.

Die Wahrung der deutschen Neutralität.

Wie dem Berl. Lokalan. aus Hamburg gemeldet wird, traf der Dampfer Belgique mit 2800 tschechoslowakischen Soldaten in Hamburg ein, die mit der Eisenbahn weiterbefördert wurden. Da sich das Gerücht verbreitet hatte, es handle sich um verkaufte russische Truppen, hielten die Hamburger Arbeiter am Nachmittag auf dem Unterelbe-Bahnhof einen Transport von etwa 1800 Mann an und ließen durch einen Ausschuss Munition, Säbel und Pistolen abnehmen. Auch zwei Waggons Gewehre wurden beschlagnahmt. Der Transport wurde später, da es sich wirklich um tschechoslowakische Kriegsgefangene handelte, freigegeben. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, daß keine weiteren Transporte wieder bewaffnet durch Deutschland fahren können.

Transport von tschechoslowakischen Truppen.

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten aus Göttingen in Anhalt melden, passierten seit Dienstag früh mehrere Transportzüge, angefüllt mit tschechoslowakischen Truppen in der Richtung Halle-Berlin-Dresden den Bahnhof Göttingen. Die Bahnarbeiter, die vermuten, daß es sich um Ententetruppen für Polen handelt, da die Soldaten in Anhalt gefoltert sind, haben beschlossen, den weiteren Transport solcher Truppenzüge zu verhindern.

Der Warburger Munitionstransport zurückgeführt.

Der am Montag in Warburg angehaltene, für Polen bestimmte Munitionstransport ist gestern über Gießen-Umburg in das besetzte Gebiet zurückgeführt worden.

Deutschlands Interesse an Polen.

Der Welt Pariser schreibt: Es sei auch die Frage zu erörtern, ob Deutschland als Macht anzusehen sei, die an der Regelung der Ostfrage interessiert sei und infolgedessen zur Friedenskonferenz nach London hinzugezogen werden müsse. Die englischen Liberalen und sozialistischen Blätter und, wie man höre, auch die englische Regierung seien bereit, diese Frage in dem oben dem Sinne zu beantworten. Das Blatt fragt weiter, ob es wahr sei, daß in Warschau vom polnischen Ministerpräsidenten die Zustimmung Polens verlangt worden sei, in eine etwaige Wänderung der Friedensvertragsklauseln über Oberschlesien und Danzig einzuwilligen.

Die Erklärung der Weichselgemeinden.

Der Deutsche Ausschuss für Westpreußen überreichte dem englischen Bizepräsidenten der internationalen Kommission die Erklärung der Weichselgemeinden, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen und geographischen Lage gegen eine gewalttätige Auflösung einzelner Gemeinden aus dem natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang und dem bestehenden Reichsverbanden protestiert. Der Bizepräsident nahm Einsicht in die Kundgebung und konnte sich selbst davon überzeugen, daß in einzelnen Gemeinden die Zahl der Unterschriften weit über die für Deutschland abgegebenen Stimmen hinausgeht. Zugleich nahm er die Kundgebung der politischen Arbeitsgemeinschaft entgegen, die an die Lebensnotwendigkeiten eines einheitlichen Reichsschutzes und eines freien durch die Souveränität Deutschlands gesicherten Zuganges Ostpreußens zur Weichsel erinnert. Beide Kundgebungen wurden drahtlich dem Obersten Rat in Paris übermittelt.

Die Spa-Debatte im Reichstage.

Nach gestern waren Haus und Tribünen stark besetzt. Zur Ergänzung seiner Ausführungen vom Montag über die Auslegung der Ehrenbezeichnung vor der französischen Fahne erklärte Reichsminister Dr. Simons, er habe die Reichswehr nicht verlassen wollen. Seine Ausführungen seien mißverstanden worden. Er habe nur die unangebrachte Adjustierung der Truppe, z. B. Mäße statt des Helmes, im Auge gehabt. Abg. Stämpfer (Soz.) sprach sich in großen Zügen zustimmend zu den Ministererklärungen des Montags aus. Gegen die Methoden von Spa sei aber zu protestieren und die Dolmetschertätigkeit doch sei zu beurteilen. Was in Spa verlangt wurde, bedeute eine Vernichtung des Friedensvertrages und einen neuen Krieg. Wedner kam dann auf die Sozialisierung zu sprechen und verlangte dabei eine zweifelhafte Anpassung der Kapitalkosten an diese Idee, damit keine Störung der Betriebe erfolge. Abg. Dr. Breckhoff (Unabh.): Ob Spa ein Erfolg gewesen sei oder nicht, sei unwesentlich. Wir haben den Krieg verloren. Das scheint man noch nicht genau zu wissen, daher Versailles und Spa. Die Herren, die vor sechs Jahren leistungsfähig den Krieg herausgeschrien hätten, seien schuldig an unserem Unglück. Wirtschaftlich seien auch diejenigen, die das sechs Jahre lang mit gebuldet hätten. (Protest bei den Sozialdemokraten.) Gegen das Ergebnis von Spa wolle er nichts sagen, aber gegen die Methoden, welche die Regierung dort in der Frage der Entwaflung befolgte, müsse er sich äußern. Deshalb könne er der Regierung kein Vertrauen bekunden.

Reichsminister Dr. Simons:

Der Redner habe einen Unterschied in der Stellung zum Bolschewismus zwischen ihm und dem Reichskanzler konstruiert. Wenn der Reichskanzler von notwendigen Truppenansammlungen gegen den Bolschewismus gesprochen habe, so habe er damit nicht die Idee des Bolschewismus gemeint, sondern nur die Truppen an der Grenze. Material über die Reichswehrgeschäfte von ihm, noch von General von Seeck der Entente zugänglich gemacht worden. Im übrigen wolle er konstatieren, daß in seinem Ressort seine Ansichten maßgebend seien und daß er stark genug sei, ihnen Geltung zu verschaffen, sonst werde er gehen. Zur Neutralitätsfrage gegenüber Rußland bemerkte er, daß sein nicht so ohnmächtig, daß wir nicht noch um uns schlagen könnten. Über eine Neutralität, welcher man nicht Achtung verschaffe, sei keine Neutralität, daher die Truppenansammlungen in Ostpreußen. Der angehaltene polnische Zug hat tatsächlich Kriegsmaterial an Bord gehabt und ist nach Koblenz zurückgeschickt worden. Es sind auch weder deutsche Offiziere nach Warschau abgereist, noch Deutsche im russischen Heere tätig. Zu seiner heutigen Erklärung in der Hagenaffäre wolle er bemerken, daß es nicht beschämend sei, einen einmal gemachten Fehler einzugehen. Im übrigen wolle er ausdrücklich feststellen, daß die Regierung Bewältigung, von welcher Seite sie auch kommen möge, mit ganzer Kraft niederzuschlagen wird. Den Ideen des Bolschewismus müsse er widersprechen, der Bolschewismus sei aber augenblicklich eine Macht, mit welcher man jetzt rechnen müsse. Über im Innern seien die Verhältnisse jetzt anders geworden. Die Katedralkirche

sel schon vorüber. Sozialismus sei etwas ganz anderes, es sei Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Beifall.)

Die Rede des Abg. Hörsch war so aufgebaut, als sei sie am 27. Juli 1914 gehalten worden, nicht jetzt, wo die Tage von Versailles und Spa da waren. Wie hätten wir wohl auf unserem Kopf bestehen bleiben sollen? Auch an unserem guten Willen und Glauben an unseres Vaterlandes Zukunft hat der Vordredner gesprochen, wie die Verhältnisse liegen. Da sei es doppelt schmerzhaft, solche Worte und Vorwürfe anhören zu müssen. Das Parlament könne dem Minister nur dankbar sein, daß er frei und offen alle Fragen der auswärtigen Politik besprochen und damit beweisen habe, daß nichts verheimlicht werden solle. Diese Art würde allmählich im deutschen Volke mehr Verständnis finden und auch im Auslande nicht unbeachtet bleiben. In der militärischen Frage sei tatsächlich die Entente am Vorabend der Konferenz in Brüssel erst schließlich geworden. In dieser Angelegenheit zu verhandeln, im übrigen sei es aber der Entente selbst bis zum Beginn der Verhandlungen sehr lieb gewesen. Am Dienstag haben wir dann auseinandergesetzt, daß wir die Entente nicht vornehmen können, wenn gleichzeitig die Reichswehr reduziert werde, und dabei habe er gleichzeitig über die bolschewistische Frage im Osten gesprochen, ohne ein Urteil über den Bolschewismus selbst sich anzumessen. Wenn der Vordredner uns vorwirft, wir hätten die nationale Würde und Heiligkeit verletzt, so habe er sich die Sache sehr leicht gemacht. Der Vorwurf, wir hätten Rechtsmittel aufgegeben, auf die wir nicht hätten verzichten dürfen, trifft nicht zu. Die Entente hat ausdrücklich erklärt, es komme gar nicht darauf an, ob wir in der Besetzungfrage unterzeichnen wollten oder nicht. Damit hätten wir uns also doch nichts vergeben. Auch in der Kohlenfrage seien wir fest geblieben bis zuletzt. Unsere Unterschrift sollte außerdem den Artikel 7 vollständig aus. Der dritte Vorwurf, wir hätten unerfüllbares unterschrieben, sei schwer zu beantworten, da man über den Begriff unerfüllbar verschiedener Ansicht sein könne. Die Entente müßte bis 1. September erledigt sein, und hierzu muß das ganze Volk mithelfen. Schwierigkeiten bieten alle diese Fragen, aber unerfüllbar seien sie nicht. Mit der Kohlenfrage sei es nicht anders. Zur Ehrenhaftigkeit der Militärenten müssen wir das Vertrauen haben, daß uns aus Oberschlesien 3-400 000 Tonnen zukommen könnten. Was hätten wir erreicht, wenn wir fest geblieben wären und die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten und die gesamte deutsche Industrie lahmlegten? Schließlich wären die Arbeiter den Bedingungen der Entente doch gefolgt, und dann wäre Süddeutschland auf Kosten Norddeutschlands mit Kohlen gesättigt worden und damit der Zwiespalt großgezogen, den die Franzosen so gern wollten. Die Delegation sehe dem Urteil des Hauses gern entgegen. Wir sind gern bereit, den Vordredner oder einen seiner Freunde nach Genf zu schicken. Vielleicht wird ihnen dort zum Bewußtsein kommen, daß sie zu einem geschlagenen Volke gehören und statt zu Befehlen verhandeln müssen. Unsere Kritik werden sie sich dann freilich auch gefallen lassen müssen. (Beifall.) — Nach Genehmigung einer Reihe kleiner Vorlagen verlagte das Haus die Wetterberatung auf den heutigen Mittwoch.

Kleine politische Meldungen.
Die Stärke des neuen Heeres. Das neue Reichsheer wird nach der Herabsetzung auf 100 000 Mann folgende Stärke aufweisen: 1 Chef der Heeresleitung, 4 Generale, 14 Generalleutnants, 36 Generalmajore, 129 Obersten, 205 Oberleutnants, 412 Majore, 1058 Hauptleute, 598 Oberleutnants, 1192 Leutnants, 217 Räte, 142 Veterinäre, 109 Musikmeister, 100 Jagdmeister, 100 Oberfeuerwerker, 97 Feuerwerker, 142 Zeugfeldwebel, 198 Schirmermeister, 48 Briefstaubenmeister, 93 Unterwaffenmeister, 317 Fahnen-schmiede, 722 Oberfeldwebel, 2097 Feldwebel, 13593 Unter-offiziere, 78 373 Mannschaften.
Die verlorene Finanzhoheit Deutschlands. Der Temps erfährt aus dem Ministerium des Reichens, daß gegen die ferneren Abschlüsse von Kreditabkommen Deutschlands mit neutralen Ländern der alliierte Rat generell Einspruch erheben wird. Der Temps fügt hinzu: Damit würde der Anfang gemacht, die deutsche Finanzverwaltung ganz der Kontrolle der Wiedergutmachungskommission zu unterstellen.
Die Arbeiten des Reichstages. Der Vorkonferenzrat des Reichstages hielt gestern eine längere Sitzung ab, in der die Geschäftslage besprochen wurde. Man beschloß, zu dem Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa nur eine Rednergarnitur zu Worte kommen zu lassen. Allgemein kam der Wunsch zum Ausdruck, die Beratungen

des Reichstages noch in dieser Woche zum Abschluß zu bringen.
Wiesensprecher und Wenigsprecher. Der Reichspostminister teilte dem Handelskammerverband mit, daß baldmöglichst ein neuer Fernsprecharter dem Reichstage vorgelegt werden wird. In Aussicht genommen ist die Erhebung einer Anschlußgebühr, die entsprechend der Selbstkosten der Verwaltung nach der Größe der einzelnen Netze bemessen wird und einer Gesprächsgebühr, die in mehrere Stufen nach der Zahl der Gespräche gestaffelt ist. Die Gesamtgebühren werden also nach dem Grad der Benützungsmöglichkeit und der tatsächlichen Benützung des Fernsprechers bestimmt werden. Die Wiesensprecher werden mehr zu zahlen haben als die Wenigsprecher.
Lebensmittelvorsorge an Deutschland. Infolge der in Spa getroffenen Vereinbarungen, welche eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute zur Erzielung einer höheren Ausbeute von Kohlen bezwecken, haben sich die Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Italien veranlaßt gesehen, gemeinsam Lebensmittelvorsorge an Deutschland zu gewähren. Die französische Regierung hat deshalb einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher den Finanzminister ermächtigt, an dieser Operation teilzunehmen.
Schiedspruch im mitteldeutschen Bergbau. Das Schiedsgericht der Bergleute des mitteldeutschen Bergarbeiterverbandes hat folgenden Schiedspruch gefällt: Es wird eine Schichtlohnsteigerung von 3 Mk. gewährt, ferner 1 Mk. Kinderzulage und 1 Mk. Hausstandszulage zu den bisherigen Sätzen. Damit sind die Forderungen der Bergarbeiter erfüllt worden. Die nächste Konferenz der Bergleute, die Sonntag, den 1. August, in Halle stattfindet, wird über die Annahme dieses Schiedspruches durch die Bergleute entscheiden; man nimmt an, daß er angenommen werden wird.
Bevorstehende Viehtierskänkungen. In Ausführung des Spaer Kohlenabkommens plant die Reichsregierung im Interesse der deutschen Industrie und zur Bekämpfung der drohenden Arbeitslosigkeit infolge Stilllegung von Industrien eine umfassende Einschränkung des Verbrauchs von Licht für Kinos, Schaustellungen, Luxusanternehmen und Reklamebeleuchtung. Auch dürfte eine Herabsetzung der Polizeilichtstärke und die Einführung der bekannten Nachtbeleuchtung in Gastwirtschaften für die nächste Zeit durchgeführt werden.
Dr. Dorian noch in Haft? Wie die Sächs. Korresp. meldet, erklärte ein Vertreter des Oberreichsanwalts, daß es mitlich von einer Haftentlassung Dr. Doriens im Gegensatz zu der Erklärung des Ministers Simons nichts bekannt sei. (Darnach scheint sich Dr. Dorian noch in Haft zu befinden.) Nach einer Meldung aus Mainz und Wiesbaden sind gestern in beiden Städten mehrere Verhaftungen von Bürgern, darunter drei Polizeibeamten, erfolgt, weil sie laut erstatteten Anzeigen der Mißschuld an der Einführung und Festnahme Doriens beschuldigt sind.
Die Entscheidung über die Abstimmungsgebiete Ost. Havas meldet: Die Vorkonferenz hat dem italienischen Botschafter das Referat über den Bericht der Wechsitzungskommission von Altstein und Marientwerder übertragen. Ein polnischer Einspruch gegen die Abstimmungsergebnisse, der von Warschau angelangt war, ist dem Militärerrat bisher nicht zugegangen. (Dieser Tage war gemeldet worden, daß Italien und England für Zurückgabe des gesamten Abstimmungsgebietes an Deutschland gemäß dem Ergebnis der Volksabstimmung seien. Diese Ansicht scheint durch die Übertragung des Referats an den italienischen Botschafter ihre Bestätigung zu finden.)
Aufstellung des französischen Gesandten in München. Die Frage der Entsendung eines französischen Gesandten nach München dürfte von der bayerischen Regierung in dem Sinne bereits gelöst sein, daß Bayern nicht direkt mit dem französischen Gesandten in Verkehr tritt, sondern nach wie vor alle auswärtigen, Frankreich betreffenden Fragen mit dem auswärtigen Amt in Berlin unter Umgehung des französischen Gesandten in München behandelt. So wird der französische Gesandte in München, was die bayerische Regierung anbelangt, von selbst ausgeschaltet und bleibt weiter nichts als für seine Regierung ein Horchposten.

Die Organisation des Preisabbaues.

Vom Landespreiskomitee wird W. S. B. mitgeteilt: Die derzeitige Wirtschaftslage und die Gesamtumstände fordern dringend eine Verbreiterung des Arbeitsgebietes, eine Intensivierung der Tätigkeit aller sich mit Preisregelung befassenden Stellen. Mit dem fortschreitenden Abbau der Zwangswirtschaft muß an die Stelle öffentlicher Bewirtschaftung in weiterer Weise als bisher Preisregelung treten. Der Rückgang des Beschäftigungsgrades in der Industrie schwächt die Kaufkraft weite Kreise, die die hohen Kosten der Lebenshaltung kaum mehr und nicht mehr bestreiten können. Die Not ist groß und wird größer werden. Die kommenden Wochen und Monate werden von dem exportindustriellen Sachsen besonders schwer empfunden werden. Eine Verbilligung der Lebenshaltung durch Preislenkung mit öffentlichen Mitteln ist nicht angängig. Deshalb muß mit aller Energie der allgemeine Preisabbau auf allen Gebieten, wo es irgend möglich ist, begonnen werden. Die Preisprüfungsstellen sind hierzu in erster Linie berufen; eine planmäßige gleichgerichtete Tätigkeit aller lokalen Stellen wird zweifellos Erfolg zeitigen. Das Wirtschaftsministerium hat das Landespreiskomitee mit Vornahme der zu diesem Zwecke notwendigen Organisationsarbeiten beauftragt.
Das Landespreiskomitee wird die bisherigen lokalen Preisprüfungsstellen annähernd gleicher Wirtschaftsgebiete in Bezirkszentralen zur Marktpreisbildung zusammenzuschließen. Die bedeutende Verschärftheit der Wirtschaftslage in Sachsen fordert die Bildung von mindestens drei solcher Bezirkszentralen, Ostsachsen, Westsachsen, Gebirgsdistrikt. Die lokalen Preisprüfungsstellen betreiben

auf ihrem Gebiet Preisprüfung und Preisbildung und werden planmäßig und berodlich ihre Maßnahmen und Ergebnisse der betreffenden Bezirkszentralen, die dann durchsichtliche Richtpreise planmäßig und berodlich bekanntgeben wird. Diese jedermann bekannten, für die ganze Bezirkszentrale geltenden Richtpreise werden die Verfolgung unangemessener Preissteigerungen feststellen und an sich preiswindernd wirken. Verfehlungen werden vom Wuchergericht geahndet. Das Landespreiskomitee wird mit seinen Bezirkszentralen in eine Arbeitsgemeinschaft mit der Thüringen und Mitteldeutschland umfassenden entsprechenden Organisation, die ihren Sitz in Gera hat, eintreten.
Vorerst sind von jeder einzelnen Preisprüfungsstelle folgende dringende Aufgaben unbergänglich in Angriff zu nehmen: Nächste und wichtigste Objekte des Preisabbaues sind Obst, Gemüse, Kartoffeln. Die hohen Kirchenpreise sind wesentlich zurückzuführen auf die ungenügende Anwendung der nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 8. März 1920 den Kommunalverbänden zustehenden Befugnisse, Nachbvertäge wegen unangemessener Nachforderung aufzuheben. Zur Gewinnung von Richtpreisen für die Verpachtung sind von jeder Preisprüfungsstelle unter Anführung von Sachverständigen Richtpreise für Obst, und zwar Erzeugerpreis, Großhandelspreis, Kleinverkauftspreis, festzustellen. Das kann nur unter Zugrundelegung der besonderen lokalen Verhältnisse geschehen. Generell kann nur gesagt werden, daß nach Ansicht des Landespreiskomitees eine Steigerung der Nachforderung für 1920 auf mehr als 10 bis 20 Prozent (erhöhte Unterkosten für Pflege und Bewachung) des Richtpreises für 1919 als unangemessen anzusehen ist. Versteigerung gegen Meistgebot sollte der preissteigernden Wirkung wegen ganz unterbleiben; wenn überhaupt Versteigerung Platz greifen muß, so ist das Einschreibeverfahren anzuwenden. Durchaus unstatthaft ist es, wie bei den Kirchen vielfach geschehen, wenn öffentliche Körperchaften glauben, zur Verringerung ihrer sonstigen hohen Lasten hohe Nachforderungen stellen zu dürfen. Eine solche Umwälzung auf die Taschen der Verbraucher ist nicht angängig und volkswirtschaftlich falsch.
Widerstrebenden Berodachtern ist ebenfalls zu begegnen, daß nach Verordnung W. S. B. 1917 S. 266 aus Gründen der Volksernährung das Obst auf Anordnung der Polizeibehörde zwangsweise unter Anführung von Sachverständigen verkauft wird. Die bei den Kommunalverbänden zusammengestellten Listen für Obstpachtverträge sind den Preisprüfungsstellen auf Anforderung zugänglich zu machen. Die vorstehenden Aufgaben sind von den Preisprüfungsstellen bzw. den Kommunalverbänden mit aller Energie und unbergänglich in Angriff zu nehmen. Das Landespreiskomitee hat weiter in Aussicht genommen, in kürzester Zeit in den einzelnen Bezirkszentralen mit dem Preisprüfungsstellen und Kommunalverbänden Konferenzen abzuhalten.

Von Stadt und Land.

Zur Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen. Wegen der Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen macht sich in der Bevölkerung eine ziemlich heftige Erregung bemerkbar. Wie wir hören, sind die Behörden über diese Erregung wohl unterrichtet und erkennen ihre Berechtigung an. Im Kultusministerium bedauert man diese Maßnahmen, die unter dem Druck der Verhältnisse getroffen werden mußten, am meisten. Eine große Anzahl sächsischer Städte war nämlich beim Kultusministerium mit dem dringenden Ersuchen um sofortige Schulgeldderhöhung eingekommen, da sie nicht mehr imstande wären, bei den bisherigen Schulgelddätzen die Schule weiter zu erhalten. Wie es um die Finanzen der Gemeinden steht, ist bekannt, und ebenso, daß die trostlose Finanzlage des Staates größere staatliche Zuschüsse nahezu vollständig ausschließt. Im Kultusministerium werden aber zur Zeit Maßnahmen erwogen, die geeignet erscheinen, die sozialen Schäden, die durch diese Schulgeldderhöhung zweifellos entstehen müssen, nach Möglichkeit abzumildern und einen Ausgleich herbeizuführen. Die Öffentlichkeit dürfte in Abrede über die näheren Schritte, die bald unternommen werden sollen, weiteres erfahren.
Die Empfänger von Militärversorgungsgeldern werden darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Zahlung der Gebühren am 29. Juli stattfindet. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist es zur Vermeidung des Andrangs sehr erwünscht, daß sich in Aus die Hinterbliebenen in der Zeit von 8-10 vorm. die Krügelbeschädigten aber in der Zeit von 10-12 vorm. zur Abholung ihrer Renten an der Zahlstelle — am Postschalter — einfinden. Aus demselben Grunde ist es zweckmäßig, daß am Zahlungstage der Invaliden, Kranken- und Altersrenten — d. h. der erste Werktag im Monat — die Rentempänger mit der Stammkartennummer 1 bis 600 am Vormittag zwischen 8 und 12 Uhr, die Empfänger mit höherer Stammkartennummer am Nachmittage zwischen 2 und 6 Uhr bei der Zahlstelle vorprechen. Die Militär-Versorgungsgebühren werden auch auf Wunsch der Empfänger gebührenfrei ins Haus gebracht. Anträge hierzu sind schriftlich auf einem Vordruck an die Postanstalt zu richten, die mit der Auszahlung beauftragt ist. Von ihr werden solche Vordrucke auf Verlangen abgegeben.
Bekämpfung des Nonnenstammes. Da die Nonne in zahlreichen Staatsorten auftritt, hat die Regierung an alle zuständigen Behörden Verordnungen erlassen, dem Auftreten der Nonne in den Wäldern ihre ständige Aufmerksamkeit zu widmen. Es sollen Proben und Urakungen veranstaltet werden. Die Amtshauptmannschaften sollen auch den Privatwäldern ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Jede Wahrnehmung soll den Landesverwaltungen mitgeteilt werden.
Lebensmittel für Aus am Donnerstag, den 29. Juli! Auf die Einfuhrzulassung für ausländisches Schmalz, Marke VIII, 29, 125 Gramm Schweineschmalz zum Preise von W. L. 3,90

Aufhebung der Verkaufsbeschränkungen für Ferkel. Das Reichliche Wirtschaftsministerium hebt mit sofortiger Wirkung die Bestimmung über die Verkaufsbeschränkungen für Ferkel und Auserfschweine bis zu 25 Kilogramm Lebendgewicht auf.

Sport und Spiel.

M. Almannia I verliert den Ehrenpokal gegen B. f. W. Weerbach I mit 2:1 (1:0). Bei herrlichem Fußballwetter hatte sich am vergangenen Sonntag im Almannia-Sportplatz eine gewaltige Zuschauermenge eingefunden, um dem Endkampf um den von Heinrich Bauer gestifteten Ehrenpokal beizuwohnen.

Theater, Konzerte, Veranstaltungen.

Olympia-Arena. Bei der gestrigen schlechten Witterung mußte die Abendvorstellung der Groß-Arena-Schau Olympia auf der Wallerwiese ausfallen. Heute Abend findet, wie wir gebeten werden, mitunter, bei einigermaßen guter Witterung eine große Vorstellung mit hohem Wert statt.

Glauchau, 27. Juli. Eine Explosion ereignete sich im Neuen Stadtkrankenhaus. Beim Umfallen von Äther aus einem Glasballon war dessen Boden schadhast geworden, so daß sich der flüchtige Stoff auf den Fußboden ergoß.

Starga, 27. Juli. Windhose. Bei dem letzten Gewitter ging hier eine Windhose nieder, die an Getreide und Obst eine geradezu verheerende Wirkung anrichtete.

Leipzig, 27. Juli. Eine folgenschwere Explosion trug sich am Montag nachmittag in Leipzig-Indenthal zu. Die beiden 13- und 17-jährigen Brüder Bogus und der 18-jährige Hermann Böpel fanden einen Minenblendkörper, der durch die Berührung mit dem Finger auf einen Stein fiel, explodierte.

Bittau, 27. Juli. Eine wesentliche Senkung der Gemütspreise ist durch das Eingreifen einer von Arbeitern gebildeten Preislenkungscommission unter Mitwirkung des Rates hier herbeigeführt worden.

Vermischtes.

Friedrich — nicht mehr der Große. Aus Potsdam wird der Volk. Jtg. berichtet: Den Reittanzen, denen die Führung durch die Potsdamer Schloßter Abtragen worden ist, ist es verboten worden, Friedrich der Große zu sagen, sie hätten nur noch von einem Friedrich II. sprechen.

Von einer Sprengkapsel gerissen wurde in Berlin der zwölfjährige Schüler Altkirchen aus Brandenburg a. S., der mit anderen Kindern mehrere Altten mit Sprengkapseln vom Gelände der Artilleriecasernen in Brandenburg entwendete.

Ein großer Hoteldiebstahl in Roldberg beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Einem Ausgast wurden dort in einem Hotel aus seinem Zimmer über 200000 Mk. bares Geld in deutschen und russischen Noten und außerdem für 150000 Mk. Schmuckgegenstände gestohlen.

Die rasenden Entente-Automobile. Aus Königsberg l. Pr. wird gemeldet: In Saptan vor Erang überfuhr ein Entente-Automobil, das in rasender Fahrt eine Kurve durchfaute, den neunjährigen Anaben des Gastwirts.

Feneregefecht mit Kartoffelbliden. Bei einer Streife auf der Wittenaucr Gemarkung stellte der Hilfspolizistbeamte Amutat zwei Radfahrer, die schwere Kartoffelkästen mit sich führten. Die ertappten Diebe sprangen blühnervoll von ihren Rädern und bedrohten den Beamten mit Revolver und Dolch.

Der steife Hut als klassisches Ideal. Der steife runde Hut, einst die Zierde des Männerhauptes, ist jetzt in England ziemlich aus der Mode gekommen, und nur wenige trauern dieser eigentlich recht hässlichen Kopfbedeckung nach.

Wie groß waren Adam und Eva? Mit dieser Frage beschäftigt sich eine englische Zeitung, die sich zu ihrer Beantwortung natürlich an die nötigen Sachverständigen, nämlich die Bibelforscher, gewandt hat.

Ein Ankläger der Frau. Der amerikanischen Frauenwelt sind in den letzten Monaten von Philosophen, Dichtern und Pädagogen sehr unangenehme Wahrheiten gesagt worden. Am weitesten aber ging doch der Präsident der Princeton-Universität Dr. Hibben, ein bekannter Pädagoge.

Der Verlust unserer Kolonien. Berlin, 28. Juli. In der Mitteilung der britischen Regierung über die Ausweisung aller Deutschen aus den früher deutschen Kolonien Ostafrika, Kamerun und Togo und die Liquidierung des deutschen Eigentums schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Trotz der normalen Rechtsgrundlage des Friedensvertrages wird dieses Vorgehen vom ganzen deutschen Volk als bitterstes Unrecht empfunden.

Letzte Drahtnachrichten.

Berlin, 28. Juli. Laut Vossischer Zeitung haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wärdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, nachhaltig tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Berlin, 28. Juli. Laut Vossischer Zeitung haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wärdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, nachhaltig tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Reichsbahn, 28. Juli. Die Magdeburger Zeitung meldet: Ein Karier brach ein Exemplar einer Nebenbahn.

Abkunft, die in Wemmel am 17. d. M. zwischen dem Abgeordneten der Sowjetregierung Joffe, dem Vorsitzenden der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands Hilferding und Dr. Levi abgeschlossen worden ist, nach Magdeburg. In dem Bericht heißt es u. a.: Nach Ueberschreitung der Grenze durch die Sowjettruppen wird sofort die bolschewistische Revue über den Königberg, Dittlitz, Damsitz, Breslau, Stettin, Frankfurt a. Oder, Ratibor, Gletwitz, Adeln und Straßund ausgerufen. Diese Städte und das dazwischenliegende Gebiet dienen als Operationsbasis und Aufmarschgelände der sich sammelnden deutschen roten Armee, die unter russischem Kommando gestellt wird.

Frankfurt, 28. Juli. Neue Rotterdamsche Courant meldet aus London: Im Unterhaus erklärte Lloyd George in Erwiderung auf eine Anfrage über den Zeitpunkt des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, wenn Deutschland tatsächlich zeige, daß es sein Bestes tun wolle, um die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung und die Kohlenlieferungen auszuführen, wolle er nicht daran, daß seine Einladung zum Beitritt zum Völkerbund in Kürze erfüllt werden könne.

Berlin, 28. Juli. In der Schlußsitzung des zweiten Studententages in Göttingen wurde Professor Nicolaus die Würdigkeit abgelehrt, weiterhin an deutschen Hochschulen Vorlesungen zu halten. In der Frage der Ausländer an Universtitäten wurde beschlossen, die skandinavischen Länder und die Niederlande besonders zu berücksichtigen, im übrigen für die Studierenden aus dem Osten, besonders Sowjetrußland, grundsätzlich die deutschen Hochschulen zu sperren.

London, 28. Juli. Bonar Law erklärte im Unterhaus: Die englische Regierung unterhält jetzt keine Beziehungen zu General Wrangel und muß direkt mit der Sowjetregierung verhandeln. Er fügte hinzu, die Bolschewiken hätten sich endlich bereit erklärt, nächsten Freitag mit Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen.

Wausonne, 28. Juli. Ueber die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Millerand telefontiert der Sonderberichterstatter der Agence Havas: Was die von der Sowjetregierung verlangte internationale Konferenz anlangt, so wird die britische Regierung im Einvernehmen mit der französischen Regierung Tschitscherin antworten, daß die Konferenz nur zusammenzutreten könne, wenn die Bolschewiken damit einverstanden sind, daß Polens Schicksal dabei diskutiert werde. Wenn die Moskauer Regierung diese Vorschläge annimmt, wird Millerand die Bedingungen für die Konferenz der Sowjetregierung stellen. Alle qualifizierten Vertreter Rußlands und der Nachbarstaaten sollen an der Konferenz teilnehmen. Lloyd George hat alle Verhandlungen mit den Bolschewiken suspendiert. Polen kann daher hoffen, nicht in direkte Verhandlungen mit Rußland verwickelt zu werden.

Amtliche Bekanntmachung. Fleischverteilung. In der laufenden Woche werden auf Reichsfleischmärkten zugelassen in sämtlichen Schlachtabzichten: 180 gr. Fleisch und Wurst, 125 gr. amerik. Schweinefleischprodukte. Personen unter 6 Jahren erhalten die Hälfte. Es kosten: 1 Pfund Fleisch 0,90 Mk., 1 Pfund Fleischwurst 0,80 Mk., 125 gr. amerik. Schweinefleischprodukte 1,85 Mk. Schwarzenberg, am 27. Juli 1920. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Extra-Angebote. Damenblusen, aus prima Waschstoffen, runder oder eckiger Malsausschnitt, 29,50. Kostümröcke, aus guten millert. Stoffen, Größe 80-95, 29. Knabenblusen, aus einfarbigen oder gestreiften Waschstoffen, Alter 3-6 Jahre, 19,50. Knabenblusen, aus prima dunkel- od. hellgestr. Waschstoffen, Alter 7-10 Jahre, 29,50. Kaufhaus Schocken.

